

13.479 Klarstellung der langjährigen Praxis beim Meldeverfahren bei der Verrechnungssteuer

**Vernehmlassung zur parlamentarischen Initiative
Fragebogen**

1.	Besteht in Ihren Augen Gesetzgebungsbedarf in Bezug auf das Anliegen der parlamentarischen Initiative Gasche?
Antwort	Ja, ausser die bisherige Praxis - Frist von dreissig Tagen zur Meldung wird als Ordnungsfrist und nicht als Verwirkungsfrist verstanden – würde wieder angewandt.

2.	Welche der in den Artikeln 16 und 20 VStG vorgesehenen neuen Regelungen bevorzugen Sie?
Antwort	a) Diejenige der Mehrheit; → JA b) diejenige der Minderheit; c) eine andere Regelung und wenn ja, wie lautet diese?

3.	Sind Sie für eine Inkraftsetzung der neuen Regelung mit oder ohne Rückwirkung (vgl. Antrag der Minderheit II)?
Antwort	Mit Rückwirkung. Aber dies macht nur Sinn, wenn es sich um rechtskräftige Steuerforderungen handelt, was im diesbezüglichen Artikel festzuhalten wäre. Steuerforderungen, die noch nicht in Rechtskraft erwachsen sind, können automatisch (Lex „mitior“) auf die neue Bestimmung zurückgreifen.

4.	Falls eine Inkraftsetzung <u>mit Rückwirkung</u> beschlossen wird, welche Regelung bevorzugen Sie?
Antwort	a) Diejenige der Mehrheit; → JA b) diejenige der Minderheit I; c) eine andere Regelung und wenn ja, wie lautet diese?

5.	Befürworten Sie die Einführung einer Eingangsbestätigung (vgl. Kap. 2.6 des erläuternden Berichts)?
Antwort	JA